

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erste Ausgabe wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Volkshofkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf.
Anzeigenannahme an Budtags bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Artern.

Nr 31

Sonnabend, den 12. März 1932.

45. Jahrgang

Rundfunk-Appell Hindenburgs.

Berlin, 11. März.
Reichspräsident von Hindenburg sprach zur Reichsrundfunknacht im Rundfunk über alle deutschen Sender und führte dabei aus:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum ersten Male die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieden, in parteimäßig aufgelegenen Verclamungen zu reden und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volk gesprochen. Seit, wie mit zum zweiten Male die Präsidentenwahl angetragen worden war, wollte ich mich im Wahlkampf vollkommen zurückhalten. Der Verlaß beseligen mich aber, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten, um im Rundfunk zu meinem deutschen Volke zu sprechen.

Denn alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich auch durch diese Aussprache dargetun, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten unwiderprochen zu lassen. Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es auch nicht für nötig halte. Mein Leben und meine Lebensarbeit laugen Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als Worte es tun können.

Hindenburgs Gründe für die Kandidatur.

Wenn ich mich nach erster Prüfung entschließen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Sollte ich mich verweigern, so bestünde die Gefahr, daß bei der starken Parteipolitik, insbesondere der Unklarheit der Rechte, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des Deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unter Verstoß in schwere, nicht absehbare Erschütterungen verfiel. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht.

Ich war mit dabei wohl bewußt, daß diese meine Entschlossenung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider mandchen alten Kameraden, mißverstanden und deshalb emersindlich werden würde. Aber ich will lieber erkannt und persönlich angegriffen werden, als daß ich lebenden Anwes vor Volk, das so viel Schmerzes in den letzten anderthalb Jahrzehnten getragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse. Um Deutschland hier vor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen lösen soll, würde ich mein Amt im Falle meiner Wiederwahl weiterführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewußte Lügen über mich im Umlauf. Dagegen werde ich mich nun. Es ist beabsichtigt worden, ich hätte meine Kandidatur aus dem Händeln der Linken oder einer Schwarz-Weiß-Koalition entgegengenommen. Das ist falsch.

Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teil meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben.

Die ersten Entschlüsse an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Dielem Vorhaben schloßen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß unbehindert der Parteifreiheit in einzelnen in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amt bleibe. Kandidat einer Partei oder einer Parteiengruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Persönlichkeiten zurückgewiesen habe.

Aber auf überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die meine Kandidatur einer Partei hindern, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes walten können.

Im Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsverwaltung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schmerzlichen heraus; das Urteil über das mir zugefügte Unrecht überlasse ich jedem einzelnen.

In erster Linie wird mir die Unterzeichnung des Youngplans vorgehalten, durch die ich mich in einem offenen Gegensatz zu der internationalen nationalen Front gezeigt hätte. Die Unterzeichnung ist mir wahrlich nicht leicht geworden, aber ich habe sie gegeben.

In der Rede, die ich in der letzten Zeit gehalten habe, habe ich erklärt, daß diese Angelegenheit notwendig war, um zu unparteilicher Nationalität zu gelangen und ich glaube, ich habe recht gehandelt. Das Rheinland ist frei, die fremden Aufsichtsbehörden sind zurückgezogen, der Douanplan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche



Die Entscheidung herab überholt. Ich glaube nicht, daß wir bei allen Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterzeichnen, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich

Die Notverordnung

unterzeichnet habe. Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlass dem deutschen Volk schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland uns finanzielle Erleichterungen erlauben, oder durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten.

Ich habe nicht gezögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden. Da der einseitige Gelehrter, der Reichstag versagte und nicht inländische war, auf dem normalen Wege der Gesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen zur Befriedigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staat und Währung zu treffen, mußte ich einsteigen und im Rahmen der mir durch die Reichsverwaltung gegebenen außerordentlichen Befugnisse selbst handeln.

Ich habe hierbei an den guten alten militärischen Grundsatz gedacht, daß ein Feldherr in der Wahl der Mittel nicht so sehr auf das, was das Unterlassen jeglichen Handelns

Es ist durchaus begründlich, daß über einzelne der getroffenen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestehen, und ich habe mich oft nur schweren Herzens zu einzelnen dieser Notverordnungen entschließen können.

Ich selbst bin der Ansicht, daß manche der Maßnahmen in der schwereren, länger überlebbarer Situation eilhaft getroffen werden mußten, verfehlensfähig sind. Ich glaube auch nicht, daß alle die Bestimmungen, die sie enthalten, auf die Dauer aufrecht erhalten werden können. Im Gesamtteil hoffe ich, daß manche Bestimmungen bald aufzuheben, oder durch andere Regelungen ersetzt werden können. Keiner der Kritiker kann mir umwinkeln das Motiv heiliger Vaterlandsliebe und höchsten Willens für Deutschlands Freiheit und Grundlage meines Volkes abpredigen, und selbst die lautesten Rufe im Streit gegen das sogenannte „System“ werden zueben müssen, daß ich bei diesen schweren Entscheidungen, frei von jeder Bindung, aus eigener persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Noch stehen wir mitten im Kampf.

Die Entscheidungen auf dem Felde der Außenpolitik stehen noch bevor; wichtige Aufgaben im Innern, insbesondere die Eindämmung der fortschreitenden Arbeitslosigkeit, harren der Lösung. Das große Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zu einer neuen Volksgemeinschaft zusammenschließen. Ich kann nicht glauben, daß Deutschland in innerem Hader und im Bürgerkrieg verfallen soll, wo es gilt, im Ringen um die Freiheit und Geltung der deutschen Nation zusammen zu stehen. Ich erinnere an den Geist von 1914 und an die Frontgemeinnut, die nach dem 11. August 1914 und nicht nach dem Scheitern der Partei. Wie einst im Kriege die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterkraft, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hingebend ihre Pflicht setzen haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gewand an das Vaterland zusammenschließt.

Wer mich nicht wählen will, der unterlasse es. Eben so werde ich aber niemandem zurückzuführen die Einheit des Deutschen Reiches in meiner Person finden will.

Die Verantwortung, die mich aushalten ließ im Kriege, bis ich das Heer in die Heimat zurückgeführt hatte, die Verantwortung, die mir als Reichspräsident alle die entscheidenden Entschlüsse abrang, diese Verantwortung vor meinem Gewissen trage ich, auch jetzt auszubahlen und dem deutschen Volke in Treue zu tun.

Hierfür meine letzte Kraft herzugeben, habe ich mich erneut zur Verfügung gestellt. Das ist Sinn und Ziel meine Kandidatur!

Nach der Rede des Reichspräsidenten wurde das Deutschlandlied gespielt.

Schutz der Wirtschaft!

Berlin, 10. März.

Die neue Notverordnung, die die Bezeichnung „Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft“ trägt, ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

Teil I der Notverordnung bestimmt, daß Zugaben in Zukunft nur zulässig sind, wenn der Verkäufer auf Wunsch des Käufers seit der Zugabe einen bestimmten Selbstpreis entrichtet, der nicht geringer sein darf als der Einstandspreis für den Zugabenteil. Schlechthin verboten werden Zugaben, die als Geschenk beigemacht werden, oder die von einer Verlosung abhängig gemacht werden. Diese Zugabeverbote gelten ab 1. Juli dieses Jahres.

Teil II bestimmt, daß Ausverkäufe in Zukunft nur noch unter bestimmten Voraussetzungen (Zugabe des gesamten Geschäftsbestandes, einer Zwangsversteigerung oder einer Warengattung) zulässig sind.

Des weiteren werden hier einschneidende Maßnahmen getroffen, die einen besseren Schutz gegen den Verfall von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen gewährleisten sollen.

Teil III. Er enthält auf die Dauer von zwei Jahren eine Sperrfrist für die Einführung neuer, Verkaufsstellen von Einzelpreiskaufleuten in Städten unter 100.000 Einwohnern. Maßnahme, die sich bei bestehenden Einzelpreiskaufstellen herausgestellt haben, sollen durch weitere Maßnahmen befristet werden.

Teil IV. Er enthält eine Erneuerung der am 23. Februar v. J. abgelaufenen Ermächtigung an die Reichsregierung, die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern und die vorläufige Anwendung zweifeltiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen. Im Zusammenhang hiermit hat die Reichsregierung nun die Ermächtigung der Einführung von Ausfuhrzöllen erhalten.

Teil V sieht Maßnahmen vor, die den Preisdruck auf dem Holzmarkt abzumildern sollen.

Der Zweck der neuen Verordnung.

Amliche Erläuterung der Verordnung zum Schutze der Wirtschaft.

Berlin, 10. März.

In Erläuterung der neuen „Verordnung zum Schutze der Wirtschaft“ wird eine längere amtliche Mitteilung verbreitet, in der die neue Verordnung als eine Ergänzung der bisherigen Notverordnung bezeichnet und ferner auf die Gewissung und das Vertrauen des Verbrauchers dokumentiert z. B. durch die Diskontinuität hingewiesen wird.

„Soll die Wirtschaft weiter gelanden — so heißt es in dieser Mitteilung dann weiter — so müssen Auswüchse rasch und ausreichend beseitigt werden, die sich im inneren Wirtschaftsleben zeigen und bedrohliche Formen angenommen haben.“ Der freie Wettbewerb darf nicht von überlegenen oder unläteren Machtgruppen gehindert werden in einer Zeit, in der alles nur Mögliche geschehen muß, um die lebensfähigen und schmerzlichen Träger des Wirtschaftslebens zu erhalten, ohne andere berechtigte Interessen zu beeinträchtigen.

Und im inneren Ringen Deutschlands um seine handelspolitischen Interessen bedarf es neueren Kluges gegen die zunehmende Bedrohung von draußen. In diesem Sinne ist der Obersteiz zum Zollrat zu verstehen. Gleichwohl sollen die Ermäßigungen an die Reichsregierung werden, die erneut in Kraft gesetzt und durch weitere ergänzt werden.

Zu den einzelnen Teilen der neuen Verordnung wird u. a. gefolgt:

Das Zugabeverbot.

„Der verächtliche Konkurrenzkampf hat dazu geführt, daß die Relation durch Gewährung von Zugaben in Form der Überbieteuerung steigt, die nicht mehr mit einer gefunden Wirtschaftsführung vereinbar sind.“

Sie rufen die Beforgnis nach, daß darunter die Preisbestimmung oder die Qualität der Hauptware leidet. Diese Nachteile sind in letzter Zeit in folgender Weise hervorgetreten, daß ein abschlüssiges Eingreifen geboten erscheint. Um den berechtigten Kreisen eine Zeit für die Umstellung auf den neuen Rechtszustand zu geben, treten die Vorschriften über das Zugabeverbot erst am 10. Juni d. J. in Kraft. Sind bereits vorher Zugaben zugelegt, ist befristetweise die erforderliche Zahl der Güterstücke erst teilweise ausnahmsweise zu leisten, die in der Vereinbarung in Kraft, die über die Zugabe getroffen sind.“

Leber die Maßnahmen zur Bekämpfung des Verfalls von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen

Kundgebung

für die Wahl

Duesterberg

am Sonnabend, d. 12. März 1932
abends 8 Uhr
im Gasthof „Zur Burg“.

Redner: Herr Schriftleiter A. Pez-Querturt

Freunde und Anhänger der Bewegung sind
herzlichst eingeladen.

Kampfblock

Schwarz / weiß / rot.

Miele



der neue
Futterdämpfer

mit
gesetzl. geschütztem
Feuer-Führungsring
und weiteren
Vorzügen...

Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
über 2000 Werksangehörige

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Spare mündelreicher
bei der Stadt-Sparkasse Nebra a. U.

Hindenburg

hat bei seinem Entschluß zur Annahme seiner Wiederwahl erklärt:
„Ich bin Treuhänder des ganzen deutschen Volkes, nicht der
Beauftragte einer Partei oder Parteigruppe und will nur
meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein.“

Einen solchen Mann braucht das deutsche Volk zur Durchführung
des Entscheidungskampfes um Freiheit und wirtschaftlichen Wieder-
aufstieg für den einzelnen Staatsbürger und alle Stände.

Die Wahl eines radikalen Parteikandidaten würde nur neue Unruhe
und weitere Verschärfung der Wirtschaftsnot bringen.

Hindenburg verkörpert Gottesfurcht und Pflichttreue.
Hindenburg war zu aller Zeit der stärkste Hort der
Einheit des Reiches und ist es bis zum
heutigen Tage geblieben.

Hindenburg hat dem deutschen Volke die **Treue**
gehalten. Jetzt ist es **Pflicht des**
deutschen Volkes, ihm die
Treue zu halten!

Darum wählt

Hindenburg!

Hindenburg-Russchuss Kreis Querfurt.

Stadt-Sichtspiele „Preuß. Hof“

Sonntag, den 13. März, abends 8¹/₄ Uhr:

„Im Prater blüh'n wieder die Bäume...“

Serner:

„Drum und Dran, die beiden Zwillinge“

Es labet freudlichst ein Borgwardt.

KAFFEE HAG

10 % billiger!

Das große Paket RM 1.46

Das kleine Paket RM 0.73

Stets frisch bei:

August Oelschig

Um unsere Spezial-Kaffee-Mischungen mehr einzuführen
und um unserer alten Kundenschaft eine Freude zu bereiten,
verabfolgen wir bis einschließl. Sonnabend, 19. März 1932
beim Einkauf von:

¹/₂ Pfd. Haushalt-Mischung zu 1.50

oder

¹/₂ Pfd. Hotel-Mischung zu 1.60

oder

¹/₂ Pfd. Maragogype-Mischung zu 1.80

einen Milchtopf 1¹/₄ Liter fassend.

Da nicht jeder Kunde ¹/₂ Pfd. Kaffee gleich verwenden
kann, geben wir den Milchtopf auch beim Einkauf von
zwei ¹/₂ Pfd. in obiger Zeit.

Walter Schligt

Thams & Garfs Nieder-
lagen
Nebra a. U.

Drucksachen aller Art

fertigt an in moderner, moderner Ausführung und liefert
prompt, billig und gut

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Kofleben.

Hindenburg und das „System“

Hindenburg sagt:

**Ich kenne nur ein „System“: Treue und Pflichterfüllung
gegenüber Volk und Vaterland zu jeder Zeit!**

Nationalsozialisten, Deutschnationale und Stahlhelm wenden sich gegen Hindenburg, weil
er angeblich dem „System“ gedient habe. Der beste Kopf der Deutschnationalen, den
sie auch heute noch immer als ihren richtunggebenden Führer betrachten,

Helfferich, erklärte:

„In der Not des Vaterlandes dienen wir dem Staat, so wie er ist!“

Die Parole Helfferichs würde heute sein:

„Diene dem Vaterlande!“

Kämpfe gegen Parteigeist und Zersplitterung!

Wähle Hindenburg!

Neubauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erhebt wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köthen. Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen. Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kanjmann Weis, Markt 34/35. Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Volkshochschule: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags. Bankkonten: Stadtpostkassa Hedra — Bankverein Artern.

Nr. 31

Sonnabend, den 12. März 1932.

45. Jahrgang

Rundfunk-Appell Hindenburgs.

Berlin, 11. März. Reichspräsident von Hindenburg sprach zur Reichspräsidentenwahl im Rundfunk über alle deutschen Sender und führte dabei aus:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum ersten Male die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieiden, in parteimäßig aufgelegenen Veranlassungen zu stehen und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volk gesprochen. Jetzt, wo zum zweiten Male die Präsidienwahl angetragen worden war, wollte ich mich im Wahlkampf vollkommen zurückhalten. Der Verlaß besiedelt mich aber, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten, um im Rundfunk zu meinem deutschen Volke zu sprechen.

Denn alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich auch durch diese Ansprache dargetun, daß ich nicht gewillt bin, in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten un widersprochen zu lassen. Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es auch nicht für nötig halte, mein Leben und meine Lebensarbeit gegen Ihnen von meinem Streben und Willen mehr, als Worte es tun können.

Hindenburgs Gründe für die Kandidatur.

Wenn ich mich nach erster Reifung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Bewußtsein, damit eine materielle Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich verlegt, so bestünde die Gefahr, daß bei der starken Parteigerippenz, insbesondere der Unklarheit der Wähler, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalsten Kräfte oder ein Politiker der radikalsten Kräfte zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Forderung sein und hierbei die Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unter Anderem in letztere nicht absehbare Schwierigkeiten verflochten. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht.

Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entschlossenung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider manche alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb anfeindlich werden würde. Aber ich will lieber erkannt und verstanden angegriffen werden, als daß ich lebenden Anzes unter Volk, das so viel Schmerz in den letzten anderthalb Jahrzehnten getragen hat, in eine innere Kämpfe geraten lasse. Um Deutschland hier vor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen lösen soll, wurde ich mein Amt im Falle meiner Wiederwahl weiterzuführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewußte Lügen über mich im Umlauf. Dagegen wende ich mich nun. Es ist beauptet worden, ich hätte meine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer Schwarz-Blauen Koalition entgegengenommen. Das ist falsch.

Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teil meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben.

Die ersten Erlaunen an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Diefem Vorgehen schloßen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß unbedeutet der Parteigelehrigkeit im einzelnen — in ganz Deutschland meine Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amt bleibe. Kandidat einer Partei oder einer Parteiengruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe.

Aber auf überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidaten einer Partei sind, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes walten können.

Am Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Anwartschaften gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwersten davon heraus: das Urteil über das mir zugefügte Unrecht überlasse ich jedem einzelnen.

In erster Linie wird mir die Unterzeichnung eines Youngplans vorgeworfen, durch die ich mich in einem offenen Gegensatz zu der sogenannten nationalen Front gesetzt hätte. Die Unterzeichnung ist mir wahrlich nicht leicht geworden, aber ich habe sie gezeichnet.

In der Ablehnung, daß auch die Frage notwendig war,

um zu unserer nationalen Freiheit zu gelangen und ich glaube, ich darf recht behaupten: Das Väterland ist nicht die fremden Ausschüßbehörden blind verwickelten, der Journalist mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche



Die Entwicklung bereits überholt. Ich glaube nicht, daß heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterzeichnen, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich

die Notverordnungen

unterzeichnet habe. Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlass dem deutschen Volk schwere Lasten auferlegt und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland uns finanzielle Erleichterungen erkaufen, aber durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten.

Ich habe nicht gegahet, mich in der letzten Weg zu entscheiden. Da der einseitige Gelehrte, der Reichstag verlagte und nicht imstande war, auf dem normalen Wege der Gelegenheit die erforderlichen Maßnahmen zur Befreiung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatssinn und Währung zu treffen, mußte ich eintrifungen und im Rahmen der mir durch die Reichsregierung gegebenen außerordentlichen Befugnisse selbst handeln.

Ich habe hierbei an den guten alten militärischen Grundsatz gedacht, daß ein Feldgeneral in der Wahl der Mittel nicht so indiffernt ist, als das Unterlassen jeglichen Handelns.

Es ist durchaus begründet, daß über einzelne der getroffenen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestehen, und ich habe mich oft nur schwerem Herzens zu einzelnen dieser Notverordnungen entschließen können.

Ich selbst bin der Ansicht, daß manche der Maßnahmen die in schwieriger, schwer übersehbarer Situation eiligst getroffen werden mußten, vorhersehbar sind. Ich glaube auch nicht, daß alle die Bestimmungen, die sie enthalten, auf die Dauer unredlich erhalten werden können. Im Gesamtteil hoffe ich, daß manche Bestimmungen bald aufzuheben, oder durch andere Regelungen ersetzt werden können. Keiner der Kritiker kann mir umwidenden das Motiv heiliger Vaterlandsliebe und höchsten Willens für Deutschlands Freiheit und Grundfrage meines Volkens absprechen, und selbst die lauteften Kräfte im Reich gegen das sogenannte „System“ werden zugeben müssen, daß ich bei diesen schweren Entscheidungen, frei von jeder Bindung, aus eigenster persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Noch stehen wir mitten im Kampf.

Die Entscheidungen auf dem Felde der Außenpolitik stehen noch bevor; wichtige Aufgaben im Innern, insbesondere die Eindämmung der fortschreitenden Arbeitslosigkeit, harrten der Lösung. Das große Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zu einer neuen Volksgemeinschaft zusammenfinden. Ich kann nicht glauben, daß Deutschland in innerem Haß und im Bürgerkrieg versinken soll, wo es gilt, im Ringen um die Freiheit und Wahrung der deutschen Nation zusammen zu stehen. Ich erinnere an den Geist von 1914 und an die Frontgemeinschaft, die nach dem Wanne fragte, und nicht nach dem Stande oder der Partei. Wie einst im Kriege die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterkraft, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hingebend, weil ihre Pflicht getan haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich durch einen neuen Eingriff im Gedankens an das Vaterland zusammenfindet.

Wer mich nicht wählen will, der unterlasse es. Erwende ich aber niemanden zurückzuführen, der die Einheit des deutschen Reiches in meiner Person finden will. Die Verantwortung, die mich ausschalten ließ im Kriege, bis ich das Her in die Heimat zurückgeführt hatte, die Verantwortung, die mir als Reichspräsident alle entscheidenden Entschlüsse abrang, diese Verantwortung vor meinem Gewissen zwingt mich, auch jetzt auszuhalten und dem deutschen Volke in Treue zu dienen.

Meiner meine letzte Kraft herzugeben, habe ich mich erneut zur Verfügung gestellt. Das ist Sinn und Ziel meine Kandidatur!

Nach der Rede des Reichspräsidenten wurde das Deutschlandbild gespielt.

Schutz der Wirtschaft!

Berlin, 10. März.

Die neue Notverordnung, die die Besignung „Verordnung zum Schutze der Wirtschaft“ trägt, ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

Teil I der Notverordnung bestimmt, daß Zugaben in Zukunft nur zulässig sind, wenn der Verkäufer auf Wunsch des Käufers leich der Zugabe einen bestimmten Gebotbetrag entrichtet, der nicht geringer sein darf als der Einheitspreis für den Zugabearbeit. Schlechthin verboten werden Zugaben, die als Geschenk bezeichnet werden, oder die von einer Verteilung abhängig gemacht werden. Diese Zugabebeträge gelten ab 1. Juli dieses Jahres.

Teil II bestimmt, daß Ausverkauf in Zukunft nur nach unter bestimmten Voraussetzungen (Zugabe des gesamten Geschäftsverkehrs, einer Zweigaberteilung oder einer Warengattung) zulässig sind.

Des weiteren werden hier geltendgemachte Maßnahmen getroffen, die einen besseren Schutz gegen den Verfall von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen gewährleisten sollen.

Teil III. Er enthält auf die Dauer von zwei Jahren eine Sperr für die Einführung weiterer Verfassung von Einzelpreisgeheimnissen in Städten unter 100.000 Einwohnern. Mißbräuche, die sich bei bestehenden Einzelpreisgeheimnissen herausgestellt haben, sollen durch weitere Maßnahmen abgestellt werden.

Teil IV sieht eine Erneuerung der am 25. Februar d. J. abgeschlossenen Ermächtigung an die Reichsregierung vor, Eingangspreise abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern und die vorläufige Anhebung zweifelhafte Wirtschaftsgüter mit ausländischen Staaten zu verbinden. Im Zusammenhang hiermit hat die Reichsregierung neu die Ermächtigung der Einführung von Ausfuhrzöllen erhalten.

Teil V sieht Maßnahmen vor, die den Preisdruck auf dem Holzmarkt abzumildern sollen.

Der Zweck der neuen Verordnung.

Ämtliche Erläuterung der Verordnung zum Schutze der Wirtschaft.

Berlin, 10. März.

In Erläuterung der neuen „Verordnung zum Schutze der Wirtschaft“ wird eine längere ämtliche Mitteilung verbreitet, in der die neue Verordnung als eine Ergänzung der bisherigen Wirtschaftspolitik bezeichnet und fernern auf

ertrauens, die für die Wirtschaft zu geben, werden die Reichsregierung durch weitere ordnung wird

erlaubt es sich, die für die Wirtschaft zu geben, werden die Reichsregierung durch weitere ordnung wird

erlaubt es sich, die für die Wirtschaft zu geben, werden die Reichsregierung durch weitere ordnung wird

erlaubt es sich, die für die Wirtschaft zu geben, werden die Reichsregierung durch weitere ordnung wird

erlaubt es sich, die für die Wirtschaft zu geben, werden die Reichsregierung durch weitere ordnung wird

erlaubt es sich, die für die Wirtschaft zu geben, werden die Reichsregierung durch weitere ordnung wird

erlaubt es sich, die für die Wirtschaft zu geben, werden die Reichsregierung durch weitere ordnung wird